



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/199 - 28.8.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 7654-59
Fernschreiber 039 890

Arbeitgeberverbände und Politik	S. 1
Drastische Vorbereitungen zur Peron-Wahl	S. 3
Zum Streik im Rhein-Main-Revier	S. 5

" A u f b r u c h z u r T a t "

Die politische Aufgabe der Arbeitgeberverbände

RAP. Erst jetzt liegt uns der Vortrag gedruckt vor, den Dr. Raymond, Vorsitzender der Deutschen Arbeitgeberverbände vor einiger Zeit in Solingen gehalten hat.

Dr. Raymond sieht die Arbeitgeberschaft des Bundesgebietes seit 1949 im "Aufbruch zur Tat". Das ist eine Phrase. Die gleiche Phrasenhaftigkeit ist es, wenn er das betriebliche Mitbestimmungsrecht als "einen für die ganze Nation verhängnisvollen Weg" bezeichnet. Man sagt Nation und meint die eigene Klasse. Und es ist eine Redensart, wenn von der "politischen Einheit der Nation" als von den letzten Dingen gesprochen wird. Die "letzten Dinge" sind metaphysischer Natur; die politische Einheit der Nation ist ein sehr reales Bedürfnis. Auch der "westliche Kulturbegriff" - den man auch den "christlichen" nennt - fehlt natürlich nicht bei Herrn Raymond; er identifiziert diesen Begriff ebenso natürlich mit der bestehenden Eigentumsordnung. Noch immer wird das wahrhaft private und individuelle Eigentum mit der Okkupation der materiellen Voraussetzungen dieses Eigentums durch eine Klasse gleichgesetzt.

Raymond gebraucht die Begriffe Strategie und Taktik. Strategie ist die Verwendung der Gefechte im Krieg, Taktik ist die

Verwendung der Truppe im Gefecht; so meinte es Clausewitz. So gesehen ist die Erhaltung des privaten Eigentums an den Grundlagen der nationalen Produktion aber eine jämmerliche Strategie, besonders angesichts der millionenfachen Vernichtung wirklich individuellen Eigentums in Kriegen und Inflationen. Diese Strategie macht eine Zusammenordnung der politischen Gefechte im Ringen um die Einheit der Nation fast unmöglich. Eine unfähige Taktik ist es, wenn man eine "politische Annäherung der SPD an die KP in den Bereich der Wahrscheinlichkeit" stellt. Bleiben wir im militärischen Bild: Die SPD ist die zuverlässigste Truppe in den Gefechten um die Einheit und Freiheit der Nation; die KP - das D ist irreführend - gehört zur feindlichen Truppe. Im Sinne der nationalen Aufgabe begeht Herr Raymond geradezu Landesverrat, wenn er den USA gegenüber die SPD der möglichen Zusammenarbeit mit der KP verdächtigt. Außerdem glauben ihm die Amerikaner das nicht. Raymond verrät auch, daß die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften von ihm nur aus taktischen und opportunistischen Gründen befürwortet wird.

Der Koreakonflikt habe "die ökonomischen Bedingungen verändert, welche die menschliche Wohlfahrt zu ihrer Entwicklung braucht". - Der Koreakonflikt hat nur die Relationen zwischen Preisen und Löhnen noch einmal zu Ungunsten der letzteren verschoben. Hier soll der Koreakonflikt verdecken, daß die ökonomisch-sozialen Bedingungen der menschlichen Wohlfahrt heute andere sind als zu jener Zeit, aus der das Denken von Herrn Raymond und seinen Unternehmern stammt. Nicht Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen Lohn und Preis und zwischen Gütermenge und Lohn bestimmen die Gegensätze, wie Dr. Raymond meint. Grundsätzliche Auffassungsunterschiede bestehen jedoch darüber, welches die geeigneten Bedingungen und Methoden für die Vergrößerung der Gütermenge sind, damit das Verhältnis zwischen Preis und Lohn, zwischen Gewinn und Lebenshaltung der Massen ein besseres werden kann.

Dr. Raymond rät seinen Unternehmern, nie gegen die Masse selbst, sondern stets gegen deren Führer zu operieren. Das ist ein vergebliches Bemühen. Dr. Raymond hat keinen blassen Schimmer von der Massenpsychologie und von den realen Grundlagen des Verhältnisses zwischen

Masse und Massenführung. Wer gegen die Führer der Masse operieren will, operiert in Wirklichkeit gegen die Massenorganisationen. Organisation steht einfach gegen Organisation. Warum sonst der Anruf der Gebefreudigkeit für den stärkeren Aufbau der eigenen Organisation? Vor bald zwei Jahrzehnten wurde bei den Unternehmern für eine Organisation gesammelt, deren Aufgabe die Zerschlagung der Arbeiterbewegung war. Die damalige Gebefreudigkeit hat sich längst als die größte Fehlspekulation erwiesen; sie brachte Unglück über die Arbeiterbewegung und über die Nation, aber auch über die Geldgeber!

Nein, die Arbeitgeberverbände haben keine nationalpolitische Aufgabe. Sie waren, sind und bleiben die Vertreter besonderer materieller Interessen einer kleinen Klasse, deren Egoismus weit über das menschliche Durchschnittsmaß hinaus entwickelt ist.

+ + +

K n ü p p e l - W a h l e n

H.P.-Buenos Aires, Ende August

Am 22. August wurden in einer riesenhaften Demonstration in Argentiniens Hauptstadt der 'Caudillo' Peron und seine Gattin Eva Peron als Kandidaten der peronistischen Partei und der peronistischen Gewerkschaften für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft ausgerufen. Eva zierte sich zunächst, sie bat erst um 48, dann um 24 Stunden Bedenkzeit, aber nachdem die Masse genügend im Takt "Evita" (Evchen) geschrien und rhythmisch mit den Händen geklatscht hatte, sagte auch sie errötend "Ja". Diese Wahl findet zusammen mit der der Deputierten am 7. November statt.

Schon 1949 beseitigte die peronistische Mehrheit im Parlament das Verbot der Wiederwahl des amtierenden Präsidenten. Dazu gab man den Frauen das Wahlrecht und nationalisierte automatisch zehntausende von Ausländern, für beide peronistische Organisationen aufbauend. Die zweite Schlacht für Peron schlug die peronistische Kammermehrheit im eben verflossenen Juli. Sie legte die am 24. Februar 1952 fällige Wahl des Staatspräsidenten zusammen mit der am 11. November des laufenden Jahres fälligen Kammerwahl und änderte gleichzeitig die Wahlkreiseinteilung und die Anrechnung der Reststimmen in einer

Weise, daß die Minderheiten noch leerer ausgehen, die Mehrheit noch besser abschneidet. Die Vorverlegung der Präsidentenwahl zielt darauf hin, daß die unzähligen privatrechtlichen und verwaltungsgerichtlichen Einsprüche von Radikalen, Konservativen und Sozialisten gegen die Schließung ihrer Druckereien, Verhaftungen von Funktionären, Beschlagnahme von Mitgliederlisten und die "sanitären" Schließungen ihrer Versammlungshäuser nicht mehr vor der Wahl erledigt werden können, der Opposition also bis zur Wahl nahezu alle Agitationsmöglichkeiten genommen bleiben.

Wo das Parlament den demokratischen Schein wahren mußte, griff die Verwaltung, namentlich die Polizei zu. Der sozialistischen Partei wurde ihr letztes großes Parteihaus in der Stadt Cordoba beschlagnahmt, sämtliche Archive, Mitgliederlisten wurden "zur Vorlage in Buenos Aires" gebracht. Noch immer ist die Druckerei des Zentralorgans in Buenos Aires geschlossen, die Stadtverwaltung hat einfach keine Zeit, -und dürfte bis zur Beendigung des Wahlkampfes keine Zeit haben - die Beseitigung der angeblichen baupolizeilichen Mängel festzustellen und damit den Wiedergebrauch der Druckerei zu autorisieren. Achtzig angebliche "Streikhetzer der Eisenbahner" wurden im August verhaftet, mindestens fünfzig von ihnen haben nie etwas mit der Eisenbahn zu tun gehabt, sondern warben allgemein für die sozialistische oder radikale Partei. Ebenfalls in Cordoba wurden elf radikale und liberale Rechtsanwälte bei einer Zusammenkunft in der Privatwohnung des einen von ihnen verhaftet "wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung". Das maßgebende Blatt der demokratisch regierten Republik Ecuador "El Telegrafo" darf nicht mehr in Argentinien verkauft werden, nachdem es die Wahlaufrufe der Oppositionsparteien wörtlich abgedruckt hatte.

Die peronistische Presse, der Kritik durch freie Blätter entthoben, kann sich dagegen in engstem Zusammenspiel mit der Polizei jede Verleumdung der Opposition und ihrer Führer gestatten. Sie erfand ein geplantes Attentat gegen Peron und Gemahlin und verdächtigte radikale und konservative Politiker der Teilnahme. Diese wurden verhaftet, vom Gericht zwar freigelassen - es gibt doch noch Richter in Argentinien - aber die Polizei verfügte, daß sie sich in Buenos Aires

"zur Verfügung für weitere Vernehmungen" zu halten hätten; das heißt, ihre geplanten Wahlreisen in die Provinz nicht unternehmen können. So bereitet Peron seine Präsidenten- und Kammerwahl vor. Was in Argentinien vor sich geht, ist kein Wahlkampf, es ist eine hemmungslose Niederknüppelung der Opposition, bei der alle Griffe und Schläge erlaubt sind - auf Seite der Peronisten, versteht sich.

+ + +

Zum Streik im Rhein-Main-Revier

V.S.-Frankfurt a.M.

Im Rhein-Main-Industrierevier, das die Städte Frankfurt/Main, Hanau, Offenbach und Darmstadt umfaßt, haben am Montag 50-60000 Metallarbeiter der Forderung ihrer Gewerkschaft entsprochen und die Arbeit niedergelegt. Die Bezirksleitung der IG-Metall hatte, wie Bezirksleiter Hans EICK erklärte, die Unternehmen mit schlechter Beschäftigungslage und Auftragsstand vom Streik ausgenommen. Auch die Angestellten und Arbeiter über 65 Jahre, Schwerbeschädigten und Lehrlinge können vorerst weiterarbeiten. Es ist damit zu rechnen, daß am Ende dieser Woche auch die Angestellten aus den Betrieben genommen werden und der Streik weiter ausgedehnt wird, falls die Unternehmer nicht inzwischen ein Lohnangebot machen, das von den Gewerkschaften als ausreichend angesehen wird.

Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes für den Eckmann um zwölf Pfennige und Erhöhung der Angestelltengehälter um 25 Prozent, sowie der Lehrlingsvergütung um zehn Prozent. Bisher haben bereits 46 Firmen mit 3500 Beschäftigten nach Angaben der Gewerkschaften Sondertarife abgeschlossen, die den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen. Unter die Betriebe, die wegen andauernder Kurzarbeit nicht bestreikt werden, gehören auch die Opelwerke in Rüsselsheim.

In Frankfurt am Main begann der Streik am Montag ohne besondere Zwischenfälle. Flugblätter der Gewerkschaft hatten die Arbeiter über die Ziele des Streiks aufgeklärt. Durch Plakatanschlag wird die Bevölkerung über die Ursachen der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen unterrichtet. Allgemein ist die Stimmung im Frankfurter Gewerkschaftshaus durchaus optimistisch. Es wird betont, daß genügend finanzielle Mittel vorhanden sind, um den Streik auf unbestimmte Zeit fortzusetzen.

Dem Streik war das Bemühen der Gewerkschaften vorausgegangen, auf dem Verhandlungswege eine Lohnerhöhung zu erreichen. Der Arbeitgeberverband für die Metall-Industrie, der sich offensichtlich an die Anweisungen der Zentralen Unternehmer-Organisation hält, hat es abgelehnt, über Lohn- und Gehaltsforderungen zu verhandeln. In einer Urabstimmung erklärten sich 88,5 Prozent der organisierten Metallarbeiter bereit, mit ihrer Gewerkschaft den notwendigen Kampf durchzuführen. Vor allem wurden die Metallarbeiter durch die schroffe Art der Ablehnung ihrer Lohnforderungen verbittert; sorgfältige Untersuchungen der Gewerkschaften weisen nach, daß die hessische Metall-Industrie eine Lohnerhöhung ohne Preiserhöhungen vornehmen kann. Die meisten Betriebe haben ihre Verträge 1 : 1 umgestellt.

Verantwortlich: Peter Raunau